



Gegen Einmischung

China weist Vorwürfe des Westens zurück, einen Flugzeugträger nach Syrien entsandt zu haben



Rußland baut seine militärischen Allianzen im Mittleren Osten aus. Nach der Einrichtung einer gemeinsamen Kommandozentrale mit Iran, Irak und Syrien in Bagdad, soll nun auch die Kooperation mit Ägypten ausgebaut werden. US-amerikanische und israelische Geheimdienste wollen nun auch den Anschluß Chinas an das russische militärische Engagement in Syrien ausgemacht haben. Politische Beobachter halten eine solche Entscheidung Chinas für unwahrscheinlich. Peking würde seine engen Beziehungen zu den Golfstaaten, besonders zu Saudi Arabien nicht gefährden.

Bei seiner Rede vor der Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen hatte der chinesische Präsident Xi Jinping dazu aufgerufen, »die Mentalität des Kalten Krieges« aufzugeben. China sei überzeugter Verfechter der Gleichheit aller souveränen Staaten, egal wie groß sie seien, und setze sich für neue internationale Beziehungen ein. Sein Land werde einen 100 Milliarden US-Dollar schweren chinesischen Friedensentwicklungsfonds für die UNO auflegen, der eine Laufzeit von zehn Jahren haben solle, kündigte Xi Jinping an. China werde zudem 8.000 Soldaten für UNO-Blauhelmeinsätze bereitstellen. US-amerikanische und israelische Geheimdienstkreise lenkten dagegen die Aufmerksamkeit der Medien am Dienstag darauf, daß Schiffe der chinesischen Marine angeblich »Anfang der Woche« durch den Suez Kanal ins östliche Mittelmeer eingefahren seien. Spekuliert wurde, daß die Schiffe sich russischen Kriegsschiffen anschließen würden, die seit geraumer Zeit vor der Küste Syriens stationiert sind.

Unter Berufung auf einen Bericht in der russischen Tageszeitung »Prawda« seien die chinesischen Schiffe auf dem Weg in den syrischen Hafen Tartus, um sich einer militärischen Übung anzuschließen. Zitiert wurde Igor Morosow, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, mit den Worten, daß Peking seine Zustimmung erteilt habe, die Russen beim Einsatz in Syrien zu unterstützen. Das in Österreich erscheinende Internetportal »Neopresse« sagte bereits den »finalen Showdown« in Syrien voraus. »Die NATO gegen Rußland und China«, titelte das Blatt. »Syrienkrieg kurz vor der

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :
Straße :
PLZ / Ort :
E-mail : *

(*) Pflichteingaben

Anfrage senden

nächsten Eskalationsstufe«.

Das israelische Geheimdienstportal DEBKAFfile wollte bereits am vergangenen Wochenende – parallel zum Treffen des chinesischen Präsidenten Xi Jinping mit seinem USA-Amtskollegen Barack Obama in Washington – einen chinesischen Flugzeugträger in Tartus gesichtet haben, in Begleitung eines Lenkflugraketenkreuzers. China verbünde sich »mit dem russisch-iranischen politischen und militärischen Aufbau zur Unterstützung des syrischen Präsidenten Assad und seines Regimes«, so DEBKAFfile weiter. Der Iran beschleunige seine militärische Präsenz in Syrien, was »sehr nachteilige Auswirkungen auf die strategische und militärische Lage Israels« habe.

Die Mitteilungen entsprächen nicht der Wahrheit, erklärte dagegen Zhang Junshe, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Marine der Volksbefreiungsarmee Chinas auf Anfrage der russischen Nachrichtenagentur Sputnik News. Unter keinen Umständen könnte China ein Kriegsschiff zur Unterstützung von Syrien schicken. »China respektiert die freie Wahl des syrischen Volkes und wirkt nicht an der militärischen Einmischung in die Situation in Syrien und einen gewaltsamen Machtwechsel im Land mit.« Weil es eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens bedeute, habe China keinen Flugzeugträger dorthin entsandt.

Die Türkei hält derzeit an ihren Plänen und Forderungen nach einer »Schutzzone« oder »Flugverbotszone« im Norden Syriens fest. Der türkische Ministerpräsident Ahmed Davutoglu wandte sich mit einem Schreiben an die EU und forderte die Einrichtung einer »Schutzzone«, um Tausende Flüchtlinge unterzubringen, die derzeit aus der Türkei nach Europa zögen. Die Türkei werde kein »Auffanglager« für Flüchtlinge einrichten, betonte Davutoglu gegenüber der Tageszeitung »Hürriyet«. Die Türkei würde in einer »Schutzzone« drei neue Städte bauen, in denen jeweils Hunderttausend Flüchtlinge angesiedelt werden könnte, wird der türkische Regierungschef von AFP zitiert. Die Städte sollten in einem Gebiet nördlich von Aleppo – zwischen den Grenzübergängen Jarablus und Azaz, wo die Nusra Front die Kontrolle hat – gebaut werden. Bezahlen solle dafür die EU.

Karin Leukefeld, Damaskus



Donnerstag 1. Oktober 2015

Copyright © 2007 Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |